

PRÄAMBEL

Für ein lebenswertes, zukunftsfestes Herzogtum Lauenburg!

In den nächsten fünf Jahren wollen wir GRÜNEN den Kreis mit seiner besonderen Landschaft, mit Wald, Landwirtschaft und dem Miteinander von Stadt und Land gut für die Zukunft aufstellen. Die größte Herausforderung ist der Klimawandel, die Erreichung der Klimaschutzziele hat für uns bei allen Entscheidungen Priorität. Ebenso wollen wir das Zusammenleben solidarisch gestalten und Antworten geben auf die Themen Vereinsamung, Pflege, Inklusion und Integration von geflüchteten Menschen.

In der vergangenen Wahlperiode des Kreistages haben wir GRÜNE im Klimaschutz Erfolge erzielt, wir haben dafür gesorgt, dass der Kreis ein Klimaschutzmanagement eingeführt hat und ein Klimaschutzkonzept erarbeitet wurde. Zudem konnten wir den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung mit mehreren Millionen Euro jährlich für Investition in Kitaneubau und -sanierung unterstützen. Hier wird es aber weitere Anstrengung benötigen, um dieses Ziel zu erreichen. Mit der Schaffung der Stelle einer*s Inklusionsbeauftragten wurde ein erster Schritt zur Verbesserung der Teilhabe aller im Kreis lebenden Menschen getan. Im Verkehrsbereich haben wir eine Mobilitätsstrategie auf den Weg gebracht, die alle Verkehrsteilnehmer*innen und Mobilitätsformen berücksichtigen wird.

Wir GRÜNE übernehmen Verantwortung, die Zukunft zu gestalten, um unseren Kreis zu einem attraktiven Ort zum Leben, Arbeiten und Erholen für alle zu machen.

Dazu bedarf es weitsichtiger und nachhaltiger Ansätze, die wir GRÜNEN liefern.

INHALT

KLIMASCHUTZ.....	3
UMWELT, NATUR UND LANDWIRTSCHAFT.....	3
Wasser	3
Unser Wald	4
Knicks, Feldgehölze und Alleen.....	5
LANDWIRTSCHAFT.....	6
MOBILITÄT.....	6
TOURISMUS.....	8
WIRTSCHAFT UND ARBEIT.....	9
ALLGEMEINER SOZIALER DIENST.....	10
CHANCEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE	11
Förderung der Kinder und Jugendeinrichtungen im Kreis.....	11
FINT*POLITIK	11
SOZIALPOLITIK	12
Unterstützung und Förderung der*s ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten	13
Nachbarschaftsnetzwerke	13
Sozialberichterstattung und Integrierte Sozialplanung.....	13
Unterstützung und Förderung der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten	13
KREISENTWICKLUNG.....	14
TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG	14
FINANZEN	15
DIGITALISIERUNG.....	16
INTEGRATION, TEILHABE UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG.....	16
BILDUNG UND KULTUR	17
GESUNDHEIT.....	18
Gesundheitsprävention und Heimaufsicht	18
Rettungswachen und Rettungsdienst.....	19

KLIMASCHUTZ

- Umsetzung des Klimaschutzkonzepts
- Gründung einer Klimaschutzagentur im Kreis

Die Klimaerwärmung und die damit verbundenen Folgen sind die größte Herausforderung für unseren Planeten. Klimaschutz muss daher auch für unseren Kreis absolute Priorität haben.

Wir haben in der letzten Wahlperiode ein Klimaschutzkonzept für den Kreis auf den Weg gebracht und eine Stelle für das Klimaschutzmanagement geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass weiter konsequent an der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen gearbeitet wird.

Darüber hinaus hat der Kreis die Aufgabe, insbesondere kleinere Gemeinden, die bislang noch kein eigenes Klimaschutzmanagement haben, beim Klimaschutz zu unterstützen. Hierfür soll eine Klimaschutzkoordinierung eingerichtet werden. In einem weiteren Schritt fordern wir die Einrichtung einer Klimaschutzagentur im Kreis unter Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden, die die gesamten Klimaschutzaktivitäten im Kreis voranbringt. Die Initiative dafür muss von der Kreisebene ausgehen. Wir wollen diesen Prozess anstoßen und konstruktiv begleiten.

UMWELT, NATUR UND LANDWIRTSCHAFT

- Auswirkungen des Klimawandels abfedern
- Kulturlandschaft erhalten

Der Klimawandel macht sich in unserem Kreis bereits deutlich bemerkbar - durch ausbleibende Niederschläge, austrocknende Feuchtgebiete und Böden, die kaum noch Wasser speichern.

An unseren Seen und Bächen verzeichnen wir stark sinkende Pegelstände. Überdüngung, Pestizide und eine sich verändernde Unterwasserflora machen unseren Gewässern zusätzlich zu schaffen. Klimaveränderungen setzen dem Wald bereits erheblich zu. Er leidet unter Trockenstress, Schädlingen und Extremwetterereignissen, wie heftigen Stürmen.

Wir wollen den negativen Auswirkungen entgegenreten und die Qualität der uns umgebenden Landschaft mit ihren Wäldern, Seen und kulturlandschaftlichen Besonderheiten, wie Knicks, Feldgehölze und Alleen, dauerhaft erhalten und weiterentwickeln.

Wasser

- Moor-Vernässung und Schließung oder Umkehr von Drainagen
- Grundwasserschutz durch Grundwassermanagement und Einrichtung von Wasserschutzgebieten
- Wiederanhebung von Wasserständen
- Reinhaltung unserer Seen, Klein- und Fließgewässer
- Erhalt des Uferbewuchses zur natürlichen Reinhaltung

Die ausreichende Verfügbarkeit von sauberem Wasser bestimmt unsere Zukunft. Wir wollen es in unserer Landschaft halten, in der Tiefe zur Nutzung als Trinkwasser und an der Oberfläche für die Vielfalt der Ökosysteme sowie als Orte für Freizeit und Erholung für die Zukunft sichern.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf forst- und landwirtschaftlichen Flächen durch die Art ihrer Bewirtschaftung einschließlich gezielter Humusaufbaus das Wasser gehalten wird. Flächen aller Art müssen in Hinsicht auf die zu erwartenden Veränderungen des verfügbaren Wassers, der sich ändernden Temperaturen und Extremwetter-Ereignisse bestmöglich entwickelt werden. Zusätzliche Bewässerung werden wir in den Fokus nehmen, denn sie darf nicht dazu führen, dass Oberflächengewässer oder Trinkwasserbrunnen versiegen.

Die Niederschlagsmessungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass gerade unser Kreis im Gegensatz zum übrigen Gebiet Schleswig-Holsteins stark von Trockenheit und sogar Dürren betroffen war. Es entstanden Schäden in wertvollen Ökosystemen. Sie führten zu Einbußen in Forst- und Landwirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Folgen des Klimawandels ernst genommen werden und entschlossenes Handeln die überlebenswichtigen Ressourcen unseres Kreises – dazu gehörend Böden und Wasser - geschont, geschützt und für unsere Nachkommen erhalten bleiben.

Unser Verhalten mit seinen Folgen vor Ort können wir direkt beeinflussen, wenn es um Müll geht: Weite Uferbereiche der kreiseigenen Seen sind vermüllt: durch verdrifteten Abfall, der sich in bewachsenen Uferzonen über lange Zeiträume ansammelt. Insbesondere Kunststoffe werden hier gehalten, zerfallen in kleine Partikel und Mikroplastik. Wir haben uns die Reinigung und Reinhaltung der Uferbereiche zum Schutz ihrer Lebensräume zum Ziel gesetzt.

Altlasten, die an vielen Orten unseres Kreises zu finden sind, müssen konsequenter als bisher identifiziert und bewertet werden. Schädliche Einträge in das Grundwasser sind vielerorts nicht auszuschließen. Wir wollen, dass in unserem Kreis besser als bisher auf den Schutz unseres Grundwassers geachtet wird. Wir fordern zur Sicherung der Trinkwassergewinnung die Ausweisung von Wasserschutzgebieten.

Unser Wald

- Wir wollen unseren Wald zum „Klimawald“ machen
- Einbinden der Kreisforsten in das Klimaschutzkonzept des Kreises
- Personalaufstockung für die Kreisforstbetreuung

In die aktuell für 10 Jahre laufende Waldbewirtschaftung der Kreisforsten hat die GRÜNE Kreistagsfraktion viele wichtige ökologische Aspekte einbringen können.

Für die nächste Wahlperiode haben wir uns zum Ziel gesetzt, unseren Kreis als „Klimawald“ zu gestalten. Dafür wollen wir das Ökosystem Wald stabilisieren und das natürliche Wasserregime wiederherstellen. Wir wollen möglichst vor Ort ausgesamte standortheimische Bäume in unseren Wäldern. Um eine weitere Destabilisierung des Ökosystems Wald zu verhindern, wollen wir Eingriffe minimieren. Totholz soll im Wald belassen werden, das Holz, das entnommen wird, soll als Wertholz und unter Verzicht von schweren Maschinen aus dem Wald entnommen werden.

Ein stabiler Wald ist naturnah, arten- und vorratsreich und dadurch resistenter gegen Schädlingsbefall und Krankheiten. Er wird angesichts steigender Temperaturen immer

wichtiger als kühlendes Element in der Landschaft. Deswegen wollen wir die Kreisforsten in das Klimaschutzkonzept des Kreises einbinden.

Wir streben an, bisher noch nicht realisierte monetäre Gegenleistungen für Ökosystemleistungen - z. B. durch Ausgabe von CO²-Zertifikaten – zu etablieren. Dafür müssen die Wälder noch vorratsreicher und naturnäher werden und der aktuelle Hiebsatz abgesenkt werden.

Unser Holz wollen wir möglichst nur für langfristige Produkte und damit lange CO²-Bindung entnehmen. Es sollte möglichst nicht nach Übersee verkauft werden.

Um das alles zu ermöglichen, wollen wir das Personal für die Kreisforsten aufstocken und Forstreviere nicht zusammenlegen.

Für die Naherholung und die Gesundheit der Menschen in unserem Kreis spielt der Wald eine immer wichtigere Rolle. Nur ein intakter Wald kann den wachsenden Ansprüchen als Erholungsraum gerecht werden.

Knicks, Feldgehölze und Alleen

- Knicks als Nahrungs- und Lebensgrundlage für Insekten und Kleintiere gestalten
- Ansiedlung von natürlich vorkommenden Pflanzen, Moosen und Pilzen
- Alleen naturschutz-gerecht pflegen

Knicks, Alleen und Feldgehölze gehören zu unserer Kulturlandschaft und üben wichtige Funktionen im Natur- und Landschaftshaushalt aus.

Gerade in Zeiten von Klimawandel und dramatischem Artensterben sind sie in einer weitgehend ausgeräumten Agrarlandschaft für die Natur überlebenswichtige Verbindungsachsen und wichtig für die Wasserrückhaltung und das Kleinklima. Für Erholungssuchende sind sie reizvolle Landschaftselemente, bieten Windschutz sowie Schatten und Kühlung im Sommer.

Leider sind viele unserer alten Knicks und wilden Hecken in keinem guten Zustand. Wir setzen uns dafür ein, dass sie wieder artenreicher und üppiger werden, Blüten und Früchte tragen, wieder Nahrungsgrundlage und Lebensraum für Insekten und Kleinsäugetiere sind. Sie sollen wieder Brut-, Rast- und Nahrungsbiotop für viele geschützte Vogelarten werden. Die Krautsäume sollen wieder so entwickelt werden, dass sich natürlicherweise vorkommende Pflanzen, Moose, Farne und Pilze ansiedeln. Wir setzen uns auch auf Landesebene dafür ein, dass der Schutz der Überhälter - der Bäume, die beim „Knicken“ stehen bleiben - deutlich verbessert wird. Bei Verstößen gegen die Knickschutzvorschriften muss das Ordnungsrecht umgesetzt werden, die Untere Naturschutzbehörde soll personell entsprechend ausgestattet werden, die vom Land dafür vorgesehenen Mittel abgerufen werden.

Alleen sind geschützte Biotope und grüne Kulturdenkmale. Gerade in alten Alleen sind noch Arten zu finden, die inzwischen gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht sind, wie z. B. Käfer- und Fledermausarten, aber auch Pflanzen, die früher häufig in Laubwäldern vorkamen. Fledermäuse nutzen Alleen zur Jagd und zur Orientierung. Wir setzen uns dafür ein, dass Pflegemaßnahmen der Alleebäume immer naturschutzfachlich begleitet werden.

Für die Insekten- und kleintierfreundliche Pflege der Straßenränder hat der Kreis ein Konzept erarbeitet. Wir GRÜNE fordern, dass dieses Konzept konsequent umgesetzt wird und - wo immer möglich - auch bei Gemeinde- und Landesstraßen Anwendung findet.

Wir wollen die Biodiversitätsstrategie des Landes auch auf kommunaler Ebene konsequent umsetzen. Sie kann nur Erfolg haben, wenn eine bessere Biotopvernetzung auch auf kommunaler Ebene gelingt. Wir setzen uns für ein reduziertes Mulchen an Straßen und Feldwegen ein, damit mehr Insekten und Kleintiere überleben. Dafür bedarf es einer verbesserten Kommunikation, die alle Akteur*innen vor Ort einbindet und so ein entsprechendes Bewusstsein für die gemeinsamen Ziele schafft.

LANDWIRTSCHAFT

- Biologische Landwirtschaft unterstützen
- Nachhaltige Landwirtschaft und Flächennutzung im Kreis stärken
- artgerechte Tierhaltung sicherstellen

Nach Feststellung der Vereinten Nationen sind der menschengemachte Klimawandel und das Artensterben die größten Bedrohungen für unseren Planeten und damit die Menschheit. Biologische Landwirtschaft bietet hierzu Lösungen. Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist im Bereich der Flächennutzung von Landwirtschaft geprägt. Der ökologische Landbau schont Böden, sorgt für weniger belastetes Abwasser, fördert die Artenvielfalt und trägt dazu bei, unser Klima zu schonen. Auf Bundesebene wird das Ziel verfolgt, den Anteil der Biolandwirtschaft bis zum Jahre 2030 auf 20 % zu erhöhen.

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für die Realisierung dieses Ziels ein, zum Beispiel im Bereich der Flächennutzung der kreiseigenen Domänen oder durch verbesserte Pachtbedingungen für kreiseigene Flächen zum Zwecke der Biolandwirtschaft. Die ökologische Landwirtschaft, weiterverarbeitende Bio-Betriebe, der Bio-Handel und der damit verbundene Konsum stehen für praktizierte Nachhaltigkeit, insbesondere wenn hierbei auf kurze Transportwege, Saisonalität und faire Geschäfts- und Handelsbeziehungen geachtet wird. Zudem sind Bio-Lebensmittel ein wichtiges Element einer modernen, gesunden Ernährung.

Wo es möglich ist, fördern wir daher den Konsum regionaler Bio-Lebensmittel, insbesondere auch im Bereich der Gemeinschaftsverpflegungen. Wir streben einen Beitritt des Landkreises zur Initiative "Bio Städte" an.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Kreisverwaltung bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen streng an Kriterien des Tierschutzes orientiert. Es muss gewährleistet sein, dass Tierhalter*innen nicht gegen gesetzliche Auflagen verstoßen, weder bei der Haltung noch beim Transport. Die Kreisverwaltung muss personell dauerhaft so ausgestattet sein, dass die notwendigen Kontrollen durchgeführt werden können.

MOBILITÄT

- Schüler*innenbeförderung durch ein kostenloses Deutschland-Ticket für alle Schüler*innen ablösen
- Mobilitätsstrategie umsetzen
- Mehr Mittel für den Radwegebau bereitstellen

Wir wollen die Mobilität in unserem Kreis weiterdenken und Alternativen zum motorisierten Individualverkehr mit innovativen Lösungen attraktiver machen. Dabei sollen Klimaschutz und die Erhöhung der Lebensqualität Hand in Hand gehen. Dafür müssen Anreize

geschaffen werden, um den Umstieg vom Auto auf andere Verkehrsträger im ländlichen Raum attraktiv zu machen.

Dafür bietet der im September 2022 beschlossene Regionale Nahverkehrsplan eine gute Grundlage. Die Ziele der Mobilitätsstrategie 2035, die derzeit im Kreis in Zusammenarbeit mit Kommunen, Kreispolitik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Akteur*innen erarbeitet werden, unterstützen wir ausdrücklich. Wir stärken den Fuß- und Radverkehr, schaffen ein vielfältiges Mobilitätsangebot im gesamten Kreis und Erhöhen damit die Attraktivität von Alternativen zum Auto bei konkurrenzfähigen Fahrzeiten.

Wichtig ist uns, dass die ambitionierten Konzepte nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt werden. Dafür muss mehr Geld für Investitionen z.B. in die Radverkehrsinfrastruktur und für den Busverkehr in die Hand genommen werden. Dazu gehört sowohl der Ausbau des Angebots wie auch der Umstieg in eine emissionsfreie Busflotte. Bei der Planung und Umsetzung des Busverkehrs soll die bewährte Zusammenarbeit der Hamburg-Randkreise fortgesetzt und ausgebaut werden.

Wir setzen uns ein für Modellprojekte wie Mobilitätsdrehscheiben im ländlichen Raum, die verschiedene Verkehrsträger (Fahrrad, Bus, Bahn) miteinander verknüpfen. Wir wollen, dass weitere Fahrradabstellanlagen errichtet werden, wie z.B. an zentralen Bushaltestellen. Zum Pfad in Richtung Klimaneutralität gehört auch der Einstieg in den Antrieb mit grünem Wasserstoff im Busverkehr und für die Nutzfahrzeugflotte.

Das Deutschland-Ticket bietet die Chance, die jüngste Gruppe von ÖPNV-Nutzenden für Bus und Bahn zu begeistern. Wir wollen daher die der Schüler*innenbeförderung durch eine kostenlose Finanzierung des 49-Euro-Tickets für alle Schüler*innen ablösen. Damit wird das ÖPNV-Ticket nicht nur für den Schulweg erste Wahl, sondern auch für Freizeit und Urlaub. Zur Stärkung des ÖPNV gehören außerdem u.a. folgende Maßnahmen:

- Umstellung des Betriebs von innerörtlichen Buslinien auf Elektrobusse in den nächsten fünf Jahren
- Weitere Verbesserung des Busangebots im Kreis durch Einführung weiterer Expressbuslinien mit Direktverbindungen den Hauptorten, wie z.B. Geesthacht – Mölln / Ratzeburg oder zur Anbindung an den Fernverkehr, z.B. Geesthacht – Büchen
- Besserer Service durch digitale Anzeigen an den wichtigen Bushaltestellen
- Echtzeitdaten für den Busverkehr in der HVV-App
- Bessere Verkehrsanbindung des Naturparks Lauenburgische Seen an den ÖPNV
- Modellprojekt Bus mit Fahrradanhänger in touristischen Regionen
- Attraktive Mobilitätsangebote für Fahrradtourist*innen, z.B. Fahrradmitnahme in Bussen

Dazu fordern wir auf Landesebene Verbesserungen im Schienenverkehr ein, wie zum Beispiel weiteres Engagement bei der Realisierung der Bahnanbindung von Geesthacht und eine Taktverbesserung auf den Bahnstrecken Büchen - Hamburg und Lübeck - Büchen - Lüneburg. Des Weiteren streben wir die Reaktivierung von Haltepunkten wie zum Beispiel Güster und Pogeze an.

Beim Straßenbau gilt für uns GRÜNE Erhalt vor Neubau. Wir haben in den letzten Jahren 5 Mio. Euro zur Sanierung der Gemeindeverbindungsstraßen bereitgestellt. Hier wollen wir die Kommunen weiter unterstützen.

Den Bau neuer Umgehungsstraßen, die zusätzlichen Autoverkehr anlocken, lehnen wir ab. Wir sind gegen den Ausbau der A21 bis Geesthacht und über die Elbe nach Süden, da er wertvollen Naturraum zerstören würde. Statt Schwerlast-Fernverkehr im Hamburger Rand wollen wir eine Entlastung für Geesthacht durch die Realisierung des Bahnanschlusses und eine zügige Umsetzung des Radschnellwegs nach Hamburg-Bergedorf.

Das Fahrrad hat in unserem Kreis nicht nur für den Tourismus, sondern auch im Alltagsverkehr eine hohe Bedeutung. Daher wollen wir Möglichkeiten prüfen, an Bahnhöfen und Mobilitätsdrehscheiben Fahr- und Lastenräder ausleihen zu können. Diese Bike-Sharing-Angebote würden den Fahrradtourismus bei uns im Kreis stärken und einen Anreiz schaffen, für kurze Strecken das Fahrrad, statt das Auto zu wählen. Wir wollen daher das Fahrradnetz an Kreisstraßen gut Instandhalten und erweitern. Dabei haben die Lückenschlüsse Priorität, die mit geringem Aufwand großen Nutzen bringen.

Die Investitionsmittel für den Radwegebau sollen erhöht werden. Für die Umsetzung von Radwegeprojekten sollen Landes- und Bundesmittel beantragt werden, um mehr Radwege bauen zu können.

Wo es noch keine Fahrradwege gibt, wollen wir ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Rad- und Autoverkehr ermöglichen. Dazu nutzen wir die Erfahrungen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern und führen Modellversuche zur Erprobung und Erforschung von außerörtlichen Schutzstreifen für Radfahrende durch.

Zur Verbesserung des Radverkehrs im Kreis wollen wir die Zusammenarbeit mit Radfahrenden und Interessenverbänden so wie Kommunen stärken und ein wollen wir ein geeignetes Gremium schaffen, wie z.B. ein regelmäßig tagendes Radverkehrsforum.

Auch für Mitarbeitende der Kreisverwaltung soll nachhaltige Mobilität attraktiv sein. Dazu gehört neben dem Jobticket ein Angebot des Kreises als Arbeitgeber für das Fahrradleasing. Weiterhin schaffen wir die Stelle einer*s Mobilitätsbeauftragten in der Kreisverwaltung.

TOURISMUS

- Natur und sanfter Tourismus im Einklang
- Besseres ÖPNV-Angebot und mehr Radwege für Tourist*innen und Einheimische
- Stärkung und Entwicklung des Naturparks Lauenburgische Seen

Der Tourismus wird als Wirtschaftszweig in unserem Kreis immer wichtiger. Für uns GRÜNE steht die Förderung des sanften und naturverträglichen Tourismus im Vordergrund, denn wir sind davon überzeugt, dass die Einzigartigkeit der Natur und Kultur unseres Kreises Besuchende anzieht und hier verweilen lässt. Diese Vorzüge unserer Natur- und Kulturlandschaft mit ihren zahlreichen Gewässern, Wäldern und Offenlandschaften wollen wir Zielgruppen übergreifend bewerben.

Ein gut ausgebautes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) hilft dabei, auch im touristischen Sektor den motorisierten Individualverkehr bei Anreise und Aufenthalt zu verringern. Um die Mitnahme eines Fahrrads zu erleichtern, wollen wir den Fahrradbus wieder ins Leben rufen. Wir streben eine Erweiterung des Angebots an landschaftlich reizvollen und verkehrswarmen Routen sowie die Förderung von straßenbegleitender Radinfrastruktur an. Den Fahrradtourismus wollen wir weiter stärken und Radfernwege touristisch besser vermarkten. Kleinteilige und qualitativ hochwertige touristische Strukturen sind zu unterstützen und naturverträglich auszubauen. Die Denkmäler im Kreis wollen wir besser ausschildern und bewerben.

Der Naturpark Lauenburgische Seen erfährt eine lange überfällige Qualitätsoffensive. Umweltbildung und Naturerlebnis liegen im touristischen Trend. Doch im Bundesvergleich liegt der Naturpark nur im Mittelfeld, in der Bewertung ist er in den letzten vier Jahren sogar um zehn Punkte gesunken. Seine Qualität und Attraktivität müssen weiterhin und langfristig gesteigert werden. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu entwickeln, das den Naturpark mit seinen Angeboten für Einheimische und Tourist*innen zukunftsfähig macht für die Themenbereiche Naturschutz, nachhaltiger Tourismus, Umweltbildung und nachhaltige Regionalentwicklung. Die Bildungsangebote für Besucher*innen und Einheimische jeder Altersgruppe müssen erweitert werden und barrierefrei sein. Wir wollen mehr ökologisch erzeugte Produkte von Ressourcen schonenden Betrieben unserer Region und unterstützen diese Betriebe über die Zusammenarbeit mit dem Naturpark.

Wir wollen die Erfahrungen des Biosphärenreservats Schaalsee in Mecklenburg-Vorpommern nutzen und auf lauenburgisches Gebiet übertragen, wo es sinnvoll ist. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den mecklenburgischen Akteur*innen, z.B. im Rahmen des Zweckverbands Schaalseelandschaft, ist eine wichtige Voraussetzung, um den touristisch besonders wertvollen Naturraum Lauenburgische Seen- und Schaalseelandschaft strukturell zu stärken. Dies trifft auch auf das Grüne Band zu, das auf dem ehemaligen Grenzstreifen verläuft und als Naturmonument aufgewertet werden soll. Dafür setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene ein.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

- Moderne Arbeitsformen und Arbeitsplätze weiter fördern
- Strategie der Wirtschaftsförderung auf Zukunftsaufgaben ausrichten
- Kreis als Auftraggeber: Faire Löhne, nachhaltige Beschaffung

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Dieser Prozess hat sich u.a. durch die Corona-Pandemie beschleunigt. Flexible Arbeitsformen und wechselnde Arbeitsorte gehören immer mehr zur neuen Arbeitswelt.

In unserem Kreis mit seiner Nähe zu Hamburg und Lübeck in Verbindung mit erholsamer Naturlandschaft haben wir beste Voraussetzungen, um von dieser Entwicklung zu profitieren. In den letzten Jahren haben wir erfolgreich das Thema Coworking als einen Baustein für neue Arbeitsformen etabliert. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Ein wichtiger Baustein ist das vom Bundesforschungsministerium geförderte Projekt „Landvorteil“, das Gründungen ermöglichen und Innovationsorte im Kreis schaffen soll.

Im Kreis müssen die Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze weiter verbessert werden. Dazu benötigt der Kreis eine Wirtschaftsförderungspolitik, die Antworten für die großen Aufgaben der ökologischen und sozialen Transformation findet.

Diesen Auftrag soll die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Herzogtum Lauenburg (WfL) zukünftig noch stärker wahrnehmen. Das bisherige Geschäftsmodell der alleinigen Vermarktung von Gewerbeflächen reicht nicht mehr als Standbein für eine zukunftsorientierte Standortpolitik. Für Gewerbegebiete, die die WfL vermarktet, muss es fest definierte Nachhaltigkeitskriterien geben.

Wir wollen daher, dass die WfL einen Strategieprozess startet, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Bei Gewerbeansiedlung gilt Qualität vor Quantität. Für die Ansiedlungspolitik müssen nachhaltige und innovative Unternehmen mit zukunftsfähigen Geschäftsmodellen im Fokus stehen. Die Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen in der Region wie Technologiezentren und Hochschulen sollte intensiviert werden. Für eine bessere regionale Vernetzung und Kooperation bei der Wirtschaftsförderung sind wir offen, mit interessierten Kommunen über eine Beteiligung als neue Gesellschafterinnen zu sprechen.

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Jobcenter die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen weiterhin finanziell unterstützen und von den Möglichkeiten der Bundesförderung intensiv Gebrauch machen. Ebenfalls unterstützen wir Initiativen und Engagement der Unternehmen und Wirtschaftsverbände für diese Zielgruppen.

Mit der Etablierung einer weiteren Jugendberufsagentur in Geesthacht wird nunmehr auch der Südkreis betreut. Wir wollen die Arbeit der Jugendberufsagenturen im Kreis in Hinblick auf personelle Ausstattung und Konzeptionierung evaluieren. In Mölln sollte eine engere Kooperation mit dem regionalen Berufsbildungszentrum erfolgen.

Die Kreisverwaltung ist eine der größten Auftraggeberinnen in der Region. Wir wollen, dass die Erarbeitung eines Konzepts für nachhaltige Beschaffung, wie im Klimaschutzkonzept des Kreises vereinbart, zügig umgesetzt wird. Dafür soll die Unterstützung durch das Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung und Vergabe (KNBV) des Landes aktiv genutzt werden. Eine Effizienzsteigerung durch digitale Auftragsvergabe soll ebenso berücksichtigt werden. Hierfür soll eine Kooperation mit der landesweiten e-Vergabeplattform geprüft werden.

Auszubildende brauchen eine Perspektive - auch bei uns im Kreis. Deshalb streben wir eine Übernahmegarantie für Auszubildende an, die ihre Ausbildung in der Kreisverwaltung erfolgreich absolvieren. So wollen wir die Berufsausbildung bei uns im Kreis attraktiver gestalten sowie als positives Beispiel für andere Betriebe und Unternehmen im Kreis vorangehen.

Für die Vergaben des Kreises sollen Richtlinien zur Einhaltung von Tariflöhnen erarbeitet werden.

ALLGEMEINER SOZIALER DIENST

- Trennung der Fachgebiete Jugend und Soziales prüfen
- Fachkräftemangel entgegenwirken
- Unterstützung Kinder- und Jugendlicher in Krisensituationen
- Ausbildung (PiA) in der Heimerziehung ausbauen

Die Jugend- und Sozialarbeit im Kreis sollte durch eine Änderung der Struktur in der Verwaltung reformiert werden. Familien müssen in Krisensituationen ausreichend unterstützt werden. Besonders in Fällen von Kindesmisshandlung müssen Institutionen rechtzeitig

eingreifen und vorbeugen können. Der Kreis muss die vorhandenen Stellen besetzen können und die sozialen Berufe fördern. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir ein duales Studium der sozialen Arbeit in der Kreisverwaltung ermöglichen.

CHANCEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

- Standards- und Qualitätsanforderungen in den Kindertagesstätten mit zusätzlichen Finanzmitteln unterstützen
- Evaluation der Kita-Reform des Landes kritisch begleiten
- Mehr Personal in den Kindertagesstätten
- Angebot von qualifizierten Tagespflegestellen finanziell besser ausstatten
- Geschwisterermäßigung für Kinder in der Kita und offener Ganztagschule

Jedes Kind im Kreis hat das Recht auf einen Betreuungsplatz in Kindertagesstätten. Kitas sind Orte, an denen Kinder soziale und emotionale Kompetenzen entwickeln. Qualität und Standards wurden durch die landesweite Kita-Reform entwickelt und im Kreis umgesetzt. Dies muss weiterhin mit ausreichenden Finanzmitteln unterstützt werden. Auch die Inklusion in Kindertagesstätten gilt es zu fördern und ein Inklusionsteam zu etablieren. Für den Bau von Kindertagesstätten hat der Kreis in den letzten Jahren viel Geld zur Verfügung gestellt, aber noch immer haben nicht alle Kinder im Kreis einen Kitaplatz. Wir GRÜNE setzen uns für weitere Investitionen in den Bau von Kindertagesstätten ein. Die Lösung des Fachkräftemangels ist eine große Aufgabe, hier muss die Ausbildung auch auf Kreisebene weiter gefördert werden.

Dazu setzen wir uns für die Förderung der Ausbildung, sowie der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) ein. Das Ausbildungsangebot soll ausgebaut und die Finanzierung gesichert werden.

Förderung der Kinder und Jugendeinrichtungen im Kreis

- Stellenerweiterung der Jugendpflege im ländlichen Bereich
- Straßensozialarbeit ausweiten
- Förderung der Jugendarbeit finanziell ausreichend ausstatten
- Unterstützung bei der Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten

Junge Menschen brauchen Begegnungsstätten, in denen sie sich untereinander austauschen und den Kontakt zu Gleichaltrigen pflegen können. Die Träger der Jugendeinrichtungen in Kultur, Sport und Freizeit wollen wir mit Personal und Finanzmitteln unterstützen. Die Straßensozialarbeit leistet dort, wo diese Strukturen nicht greifen, einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung von jungen Menschen. Um ihre Belange und Interessen zu berücksichtigen, unterstützen wir die Bildung von Kinder- und Jugendparlamenten auf lokaler Ebene.

FINT*POLITIK

- Mehr Frauen in Führungspositionen in der Kreisverwaltung

- Der gesetzlich vorgeschriebene Frauenanteil von 50% in allen vom Kreistag zu besetzenden Gremien und Gesellschaften muss umgesetzt werden
- Ausreichende finanzielle Unterstützung von Frauenberatungsstellen

Noch immer werden Frauen, inter, nicht-binäre und trans Personen aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert. Sie sind in Wirtschaft, Verwaltung und Politik trotz gleicher oder besserer Qualifikation in leitenden Funktionen immer noch unterrepräsentiert, auch die Kreisverwaltung hat nur einen geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen. Dies muss sich ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass bei anstehenden Stellenneubesetzungen Frauen und andere Menschen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität diskriminiert werden, bevorzugt eingestellt werden.

Ebenso wollen wir in Gesellschaften mit Kreisbeteiligung durchsetzen, dass Aufsichtsräte mit einem Anteil von mindestens 50 Prozent Frauen besetzt werden.

Der Kreis muss sich an der Finanzierung der Frauenberatungsstellen, neben der Landesförderung im Finanzausgleichsgesetz (FAG), verstärkt finanziell beteiligen, um auch neue, zukunftsweisende Beratung zu ermöglichen. Wir wollen allen Frauen, die Rat und Hilfe suchen, die benötigte Unterstützung bieten. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass das Beratungs- und Kompetenzangebot adäquat ausgebaut wird, um das Beratungsangebot für Frauen, inter, nicht-binären und trans Personen, die von Gewalt betroffen sind, auszuweiten.

SOZIALPOLITIK

- Strategien für Prävention
- Finanzierung sozialer Einrichtungen
- Hilfe für Benachteiligte und Selbsthilfegruppen
- Teilhabeplanung
- Pflegestützpunkte erhalten und stärken

Der Kreis muss langfristige Strategien für Prävention entwickeln, um unter anderem die Folgen von Sucht, Privatverschuldung und Kindesmisshandlung aufzufangen. Wir fordern, in Zusammenarbeit mit Sozialverbänden und -trägern, langfristige Strategien für die Prävention zu erarbeiten, diese zu praktizieren und ständig zu evaluieren. Dazu wollen wir die nötigen Mittel im Kreis zur Verfügung stellen.

Soziale Einrichtungen müssen auskömmlich finanziert werden. Dazu gehören insbesondere Angebote für Menschen mit Behinderung, Einrichtungen der Suchtprävention und Insolvenzberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, sowie psychiatrischer Krisendienst. Diese nehmen auch in Zusammenarbeit mit dem Land, dem Kreis und weiteren Verbänden und Einrichtungen die Aufgabe von Hilfe und Unterstützung wahr. Die vom Kreis gewährten Fördermittel sind teilweise erheblich zu niedrig angesetzt. Wir fordern eine durch Gutachten begründete Ausstattung in der notwendigen Höhe.

Der Kreis fördert unter Beteiligung des Landes seit Jahren die Hilfe für Frauenberatung und Selbsthilfegruppen. Wir unterstützen die Fortschreibung des Teilhabeplans des Kreises. Wir werden die weitere Umsetzung konstruktiv und mit finanziellen Mitteln begleiten.

Die Pflegestützpunkte helfen Pflegebedürftigen und Angehörigen bei der Bewältigung von Fragen der Pflege. Die Stützpunkte werden je zu einem Drittel von Land, Kassen und Kreis finanziert. Die Stützpunkte arbeiten seit Jahren zuverlässig, ihren Erhalt gilt es zu fördern.

Unterstützung und Förderung der*s ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

- Unterstützung und Förderung der*s ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
- Umsetzung des Kreisaktionsplans Inklusion

Es ist unser Ziel, Menschen mit Behinderung den uneingeschränkten Zugang zu allen Lebensbereichen zu ermöglichen, die für Menschen ohne Einschränkungen selbstverständlich zugänglich sind. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es uns ein besonderes Anliegen, die qualifizierte Arbeit der*s ehrenamtlich tätigen Behindertenbeauftragten weiter zu unterstützen.

Nachbarschaftsnetzwerke

- Förderung von Nachbarschaftsnetzwerken in den Kommunen im Kreis

Jede*r möchte gerne so lange es geht in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Dies ist durch die mobilen Pflegeangebote sowie der Teilstationären Angebote nur bedingt möglich.

Durch die Förderung von Nachbarschaftsnetzwerken wollen wir eine Kultur des „Miteinanders“ und der gegenseitigen Unterstützung fördern. Ein vor Ort organisiertes Netzwerk hilft dabei, Selbstständigkeit und Lebensqualität nicht nur für ältere Menschen zu erhalten. Gegenseitige Hilfe im Alltag ist ein gutes Fundament für ein soziales Miteinander.

Sozialberichterstattung und Integrierte Sozialplanung

- Entscheidungsgrundlage für ziel- und wirkungsorientierte soziale Versorgung
- Handlungsfelder aller Ebenen einbeziehen

Eine transparente Sozialberichterstattung ist wichtig, damit Politik die richtigen Entscheidungen auf Grundlage von belastbaren Daten treffen kann. Um die unterschiedlichen Bereiche der Sozialpolitik miteinander zu verknüpfen, müssen planerische Grundlagen geschaffen werden. Integrierte Sozialplanung fußt auf den gegebenen gesetzlichen Anforderungen, sowie den daraus resultierenden Arbeitsaufträgen. Komplexe Handlungsfelder werden heruntergebrochen, damit der Politik transparente Entscheidungsgrundlagen für eine gute Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie eine entsprechend vorausschauende und präventive Maßnahmen gegeben werden.

Dabei geht es auch um ein Monitoring der Sozialstruktur und Bedarfsplanung, die Bereiche der Jugendhilfe, Pflegestruktur, Eingliederungshilfe, Gesundheitsversorgung und Versorgung älterer Mitbürger*innen umfasst. Nur so kann eine ziel- und wirkungsorientierte effiziente soziale Versorgung sowie eine Verknüpfung mit anderen Handlungsfeldern wie Bildung, Kultur, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt auf lokaler, Landes- und Bundesebene gelingen.

Unterstützung und Förderung der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

- Umsetzung des Kreisaktionsplans Inklusion

Es ist unser Ziel, Menschen mit Behinderung den uneingeschränkten Zugang zu allen Lebensbereichen zu ermöglichen, die für Menschen ohne Einschränkungen selbstverständlich zugänglich sind. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es uns ein besonderes Anliegen, die qualifizierte Arbeit der*s ehrenamtlich tätigen Behindertenbeauftragten weiter zu unterstützen.

KREISENTWICKLUNG

- Umsetzung des Kreisentwicklungskonzeptes
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Nachhaltige Reduzierung des Flächenverbrauchs

Für eine zukunftsweisende Entwicklung im Bereich der Siedlungs- und Gewerbeflächen ist eine kreisweite Planung erforderlich, die im Einklang mit dem Klimaschutzkonzept des Kreises steht. Hierfür wurde ein Entwicklungskonzept angefertigt, das den Blick auf den ganzen Kreis richtet, die Entwicklung der Städte und Gemeinden lenkt und der Bodenversiegelung entgegenwirkt. Dieses muss endlich umgesetzt werden.

Die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum ist eine besondere Herausforderung für den Kreis, insbesondere im Hamburger Rand. Wir GRÜNE unterstützen die Arbeit der Kreisbaugenossenschaft und wollen auch Gemeinden zu sozialem Wohnungsbau anregen. Förderprogramme im sozialen Wohnungsbau sollen genutzt werden.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Flächennutzung und eine Minimierung des Flächenverbrauchs ein. Dafür wollen wir die Landesförderung nutzen und ein dauerhaftes Flächenmanagement in der Verwaltung einrichten, das mit ausreichend Personal ausgestattet wird. Wir halten es daher für notwendig, ein umfassendes Flächenkataster zu erstellen. Es soll als Planungsgrundlage eine Übersicht über vorhandene, aufgegebene und für eine Neunutzung zur Verfügung stehende Gewerbeflächen enthalten. Ziel ist es, brachliegende Gewerbeflächen bevorzugt vor ökologisch wertvollen Flächen zu entwickeln, um eine weitere Versiegelung der Landschaft zu minimieren.

TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

- Kommunales Engagement ermöglichen
- Faires Miteinander zwischen Kreis und Kommunen
- Digitale Beteiligungsmöglichkeiten erproben

Unsere Demokratie lebt von Beteiligung. Dem politischen Ehrenamt wird im Grundgesetz ein hoher Stellenwert zugeordnet. Wir wollen die Beteiligung in kommunalen Gremien attraktiver machen und mehr Teilhabe ermöglichen, insbesondere für Frauen. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass ein Engagement in den Gremien des Kreises mit Familie und Beruf vereinbar ist. Dafür sollen auch verstärkt digitale Lösungen genutzt werden, z.B. durch hybride Sitzungsformate.

Mit uns GRÜNEN bleibt der Kreis ein verlässlicher Partner für Städte und Gemeinden. Wir sehen die Städte und Gemeinden sowie den Kreis als gemeinsame kommunale Familie. Zur

Finanzierung der Aufgaben des Kreises leisten die Städte und Gemeinden einen großen Beitrag. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis weiterhin Projekte unterstützt, die den Menschen vor Ort nützen und damit Leistungen an die Kommunen zurückgibt, die insbesondere in kleinen Gemeinden benötigt wird. Mit der Förderung von Investitionen in den Bau und die Sanierung von Kitas, die Sanierung von Gemeindeverbindungsstraßen und weitere Programme für Feuerwehrgerätehäuser und Sirenen haben wir dies in den letzten fünf Jahren erfolgreich umgesetzt.

Wir setzen uns für eine Anerkennung und Stärkung des Ehrenamtes in unserem Kreis ein. Bislang ist das Ehrenamt dezentral organisiert. Aus diesem Grunde regen wir eine Ehrenamtsberatungsstelle auf Kreisebene nach dem Modell einer hauptamtlich geführten Ehrenamtsagentur an.

FINANZEN

- Förderung von Sozialer Prävention, Sport und Jugendarbeit fortsetzen
- Nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur
- Klimaschutz im Haushalt verankern

Der Kreis Herzogtum Lauenburg hat in den vergangenen Jahren die gute Haushaltssituation dafür genutzt, freiwillige Leistungen in den Bereichen Soziale Prävention, Jugend und Sport bedarfsgerecht auszubauen. Angesichts der ungewissen weltpolitischen Lage und der unbeständigen Wirtschaftslage ist die Entwicklung der Finanzsituation des Kreises schwer vorhersehbar. Wir wollen gravierende Einschnitte bei der Unterstützung sozialer, kultureller und sportlicher Organisationen – anders als in den Jahren nach der Finanzkrise 2009/2010 – vermeiden.

Wir stehen zur Investition für den Anbau und die Sanierung des Kreishauses. Nur eine leistungsfähige Verwaltung mit angemessenen, modern ausgestatteten Arbeitsplätzen kann die vielfältigen Aufgaben zur Zufriedenheit der Bürger*innen erledigen. Eine modern ausgestattete Kreisverwaltung ist darüber hinaus ein wichtiger Baustein zur Fachkräftegewinnung. Wir wollen, dass die Umsetzung des Projekts wie geplant nach hochwertigen Klima- und Nachhaltigkeitsstandards erfolgt.

Auch weitere wichtige Infrastrukturprojekte wie z.B. der Umbau des Verwaltungszentrums Süd in Geesthacht, der Abschluss der Baumaßnahmen am Berufsbildungszentrum Mölln, die notwendige Sanierung und Erweiterung der Förderschulen in Mölln und Geesthacht sowie die energetische Sanierung des Kreismuseums unterstützen wir, ebenso die erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen bei der Kreisfeuerwehrzentrale in Elmenhorst. Wir setzen uns bei allen Investitionen für hohe Klima- und Nachhaltigkeitsstandards ein. Wo möglich wollen wir Photovoltaik auf öffentlichen Dächern nachrüsten und bei Neubauten direkt einplanen. Bei bestehenden öffentlichen Gebäuden, wo dies nicht rentabel ist, prüfen wir die Option einer Dachbegrünung.

Zudem wollen wir den Klimaschutz auch im Haushalt verankern, indem ein fester prozentualer Anteil des Haushalts ausschließlich für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden darf.

DIGITALISIERUNG

- Dienstleistungen vermehrt digital anbieten
- Online-Sprechstunden einführen
- Vertiefte Kooperation mit anderen Kommunen

Bürger*innen erwarten eine transparente, barrierefreie und digitale Verwaltung. Wir unterstützen die Kreisverwaltung bei einer zügigen Umsetzung der Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes (OZG), damit zukünftig immer mehr Verwaltungsleistungen als Service online angeboten werden können. Wir halten außerdem die weitere Umsetzung einer digitalen Aktenverwaltung zur Erhöhung der Verwaltungseffizienz für sinnvoll.

Im Zuge einer digitalen Verwaltung wollen wir die Einführung von digitalen Sprechstunden voranbringen und die entsprechende Infrastruktur schaffen. Wir fordern außerdem die Einrichtung von öffentlichen WLAN-Hotspots in allen Kreisliegenschaften.

Bei der Auswahl von Software soll vermehrt auf OpenSource-Lösungen gesetzt werden. Öffentliche Daten sind analog zu der Initiative des Landes Schleswig-Holstein als OpenData verfügbar zu machen.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung und zunehmenden Angriffen auf die kritische Infrastruktur durch Kriminelle und ausländische Geheimdienste gewinnt das Thema Cybersicherheit immer größere Bedeutung. Hier muss der Kreis bei der Gefahrenabwehr gut aufgestellt sein. Entsprechende Mittel werden wir bereitstellen.

Eine Kooperation im Bereich der digitalen kommunalen Zusammenarbeit – sowohl bei IT-Lösungen als auch bei der Rechenzentrums-Infrastruktur – unterstützen wir aus Effizienzgründen ebenso wie zur Energieeinsparung. Wir wollen eine Prüfung, welche Maßnahmen der Zusammenarbeit kurz- und mittelfristig umgesetzt werden können, und wir wollen einen Umsetzungszeitplan erstellen lassen, damit erste Ergebnisse noch in dieser Wahlperiode sichtbar sind.

INTEGRATION, TEILHABE UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

- Erstellung eines Integrationskonzeptes für den Kreis
- Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen
- Chancengerechtigkeit für zugewanderte Frauen fördern.
- Sprachförderungsangebote erweitern
- Für demokratische Werte, gegen rechte Intoleranz

Seit 2015 sind viele Geflüchtete als Asylbewerber*innen und über Resettlementprogramme bei uns im Kreis angekommen. Seit Februar 2022 kommen durch den Krieg gegen die Ukraine wieder verstärkt Geflüchtete und Vertriebene, nun insbesondere Frauen und Kinder, in unserem Kreis an. Dies stellt Kreis und Kommunen vor große Herausforderungen, einerseits was die Aufnahmekapazitäten angeht, andererseits was die Integration in Bildungs- und Ausbildungssystem, Arbeit und Gesellschaft angeht.

Wir sehen in der Zuwanderung eine Chance für den Kreis. Damit Integration und echte Teilhabe gelingt, braucht der Kreis jedoch ein umfassendes Konzept, das alle Aspekte von Sprache und Bildung über Wohnraum, Arbeit, Gesundheitsversorgung bis hin zu Möglichkeiten der Freizeitgestaltung beinhaltet. Dies sollte Aufgabe der Koordinierungsstelle

für Integration und Teilhabe des Kreises sein. Gewalt- und Gesundheitsprävention sind weitere zentrale Aspekte, die von hier aus ebenfalls mit koordiniert werden könnten.

Freiwilliges und zivilgesellschaftliches Engagement haben einen erheblichen Anteil daran, dass Integration in der Nachbar*innenschaft, im sozialen Umfeld und auf Augenhöhe gelingt. Deshalb muss der Kreis den Dialog mit Ehrenamt und Zivilgesellschaft weiterhin führen und diese in ihrer Arbeit nachhaltig unterstützen. Insbesondere neu zugewanderte Frauen und Kinder müssen gefördert werden, damit sie die Chancen, die unsere Gesellschaft ihnen bietet, optimal nutzen können. Dazu gehört auch ein breites und flächendeckendes Angebot an Sprachförderung auf allen Ebenen. Kinder und Jugendliche brauchen ausreichend lange strukturierten Sprachunterricht, der sie in die Lage versetzt, dem Unterricht in allen Fächern folgen zu können und Schulabschlüsse an den allgemeinbildenden Schulen zu erlangen. Ehrenamtliche Unterstützung wird auch in Ausbildung und Beruf weiterhin dringend gebraucht. Die Kreis-VHS kann und sollte auch weiterhin sprachfördernde Kurse anbieten und darin entsprechend unterstützt werden.

Wir begrüßen die Schaffung der Stelle der*des Inklusionsbeauftragten für Menschen mit Behinderungen / Beeinträchtigungen in einem umfassenden Sinne und setzen uns für eine Stärkung dieser Arbeit ein. Ebenso unterstützen wir die Umsetzung der Maßnahmen des Kreisaktionsplans für Inklusion, der das Ziel verfolgt, eine umfassende Teilhabe aller beeinträchtigten Menschen am gesellschaftlichen Leben in unserer Region zu ermöglichen.

Wir GRÜNE kämpfen für ein weltoffenes, demokratisches und tolerantes Miteinander im Kreis Herzogtum Lauenburg und stellen uns gegen rechtsextreme und rassistische Hetze, sowie gegen die Verunglimpfung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Sexualität. Wir setzen uns dafür ein, dass Initiativen zur Stärkung der Demokratie gefördert werden.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, Geflüchtete zu unterstützen und ihnen ein Leben in Sicherheit zu bieten. Deshalb fordern wir, dass sich der Kreis der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen" anschließt und die Forderungen der Seebrücke umsetzt.

BILDUNG UND KULTUR

- Kreisvolkshochschule durch Hauptamt stärken
- Niedrigschwellige Kulturangebote
- Institutionelle Kulturförderung
- Gedenkorte schaffen und erhalten

Den Volkshochschulen kommt insbesondere als bedeutender Teil der Erwachsenen- und Weiterbildung eine besondere Rolle zu. Sie sind Teil der Daseinsvorsorge und können viel mehr sein, als sie es bei uns im Kreis aktuell sind. Ihnen kommen bedeutende Aufgaben bei der Integration und in der Sprachförderung zu. Wir setzen uns dafür ein, die Kreisvolkshochschule durch eine hauptamtliche Geschäftsführung verlässlich zu stärken und ihr dadurch eine Rolle bei der Koordinierung und Unterstützung der Arbeit der kommunalen VHSen vor Ort zu ermöglichen und damit deren Arbeit wiederum zu stärken.

Um Kultur für alle Menschen unseres Kreises erlebbar zu machen, setzen wir uns für niedrigschwellige Kulturangebote ein. Vereine wie die Freie Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur e.V., das Künstlerhaus in Lauenburg sowie das Forum für Kultur und Umwelt sollen weiterhin eine verlässliche strukturelle Förderung erhalten.

Dialog zwischen Kirchengemeinden, Schulen, Ämtern und Gasthäusern auf der einen Seite sowie gemeinnützigen Kulturvereinen, Künstler*innen-Initiativen und Netzwerken auf der anderen Seite sind nötig und müssen, da wo es sie gibt, politisch und finanziell unterstützt werden.

Das Kreismuseum hat einen wichtigen Stellenwert für die Darstellung der älteren und jüngeren Geschichte unseres Kreises. Wir haben die Arbeit des Kreismuseums in der letzten Wahlperiode mit einer Referent*innen-Stelle und der Einführung eines wissenschaftlichen Volontariats gestärkt und ein Konzept zur inhaltlichen Neuausrichtung auf den Weg gebracht, damit es zum 150-jährigen Kreisjubiläum 2026 die Geschichte des Kreises zeitgemäß und modern präsentieren kann. Zur Umsetzung werden wir weitere Mittel bereitstellen.

Die Kreismusikschule leistet einen wichtigen Teil der kulturellen Bildung und ist für die Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen bedeutsam

Die Stiftung Herzogtum Lauenburg übernimmt seit 2004 im Auftrag des Kreises Aufgaben der Kulturarbeit und erhält aus diesem Grund den größten Anteil des Kulturetats des Kreises. Der Vertrag mit der Stiftung läuft in der aktuellen Form noch bis Ende 2023. Wir setzen uns für eine angepasste Neuauflage des Vertrags auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme und den Ergebnissen einer erfolgten Kulturentwicklungsplanung ein. Die Steuerung der Kulturarbeit soll in der Kreisverwaltung angesiedelt werden, professionelles Kulturmanagement wird als Kreisaufgabe gesehen.

In unserem Kreis gibt es eine große Anzahl historischer Orte, mit deren Geschichte wir uns weiterhin kritisch auseinandersetzen werden. Eine Erinnerungs- wie auch Gedenkkultur wollen wir ermöglichen und fördern.

GESUNDHEIT

Gesundheitsprävention und Heimaufsicht

- Ausbau und Förderung von Beratungsstellen für Gesundheitsprävention bei Sucht- und Langzeiterkrankungen wie Krebs, Depression und Long COVID
- Personelle Verstärkung der Heimaufsicht
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Heimaufsicht und stationären Einrichtungen
- Schaffung weiterer allgemeinärztlicher Anlaufpraxen im Ärztlichen Bereitschaftsdienst

Die Gesundheitsprävention, dazu zählen Sucht- und Drogenberatungsstellen, muss weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Erkrankungen steigt stetig an. Um schnelle Hilfe bieten zu können und die Betroffenen sowie deren Angehörige nicht allein zu lassen, wollen wir das Beratungsangebot ausbauen. Dabei unterstützt es gezielt die richtigen Anlaufstellen bei Langzeiterkrankungen zu finden.

Die Infrastruktur für Schwangerschaftskonfliktberatung und -abbrüche im Kreis wollen wir aufrechterhalten und wo nötig stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Recht, dass jede Person über ihren eigenen Körper entscheiden darf, weiterhin respektiert wird.

In Sanitäreinrichtungen kreiseigener Liegenschaften wollen wir Menstruationsartikel kostenlos zur Verfügung stellen.

Wir streben an, dass die Heimaufsicht in zunehmendem Maße beratend tätig wird. Der Umgang mit den Einrichtungen sollte respektvoll unter Berücksichtigung der verschiedenen Rollen und Verantwortlichkeiten zum Wohle aller Nutzer*innen bzw. Bewohner*innen erfolgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Kreis weitere allgemeinärztliche Anlaufpraxen im Bereitschaftsdienst für die Versorgung außerhalb der üblichen Sprechstundenzeiten geschaffen werden. Die Versorgung durch Haus- und Fachärzt*innen ist angespannt. Durch die konsequente Erweiterung des Bereitschaftsdiensts auf alle Zentren im Kreis wird eine bessere ärztliche Versorgung erzielt.

Rettungswachen und Rettungsdienst

- Verbesserung der Digitalisierung im Rettungsdienst
- Krankenhausversorgung erhalten
- Personalsituation im Gesundheitsamt erhalten und verbessern

Eine gute Notfallversorgung ist besonders im ländlichen Raum wichtig und kann Leben retten. Der Neubau und die Umstrukturierung von Standorten der Rettungswachen sind auf einem guten Weg. Die von uns unterstützte Übernahme des Rettungsdienstes in Eigenregie des Kreises zum 1. Januar 2022 hat sich als richtiger Schritt erwiesen. Wir wollen die Erreichbarkeit aller Orte im Kreis durch den Rettungsdienst innerhalb der vorgegebenen, lebensrettenden 12 Minuten ermöglichen und eine gute Versorgung gewährleisten.

Durch den Einsatz der First-Responder App konnten schon erste gute Erfahrungen in Sachen Digitalisierung im Rettungsdienst gesammelt werden. Eine weiter verbesserte digitale Infrastruktur kann die Ankunftszeit und Erstversorgung verbessern. Einfachere und schnellere Informationsweitergaben sind durch den intelligenten Einsatz von digitalen Endgeräten in der medizinischen Versorgung möglich.

Wir setzen uns für eine gesicherte Versorgung im Kreis ein und unterstützen die Aufrechterhaltung der beiden Krankenhäuser.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine gute Personalausstattung des Gesundheitsamts ist. Wir begrüßen, dass der Bund entsprechende Mittel zur Stellenfinanzierung bereitgestellt hat, und setzen uns dafür ein, dass diese neu geschaffenen Stellen auch dauerhaft erhalten bleiben.